N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 24. Mai 2013, 16:30 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Backes, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk
CDU:	Brunnet, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Muth, Range, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stompfe, Stötzel,
GRÜNE:	Dr. Baumann, Flohrschütz, Göttling, Messik, Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz
Marburger Linke:	Bauder-Wöhr, Köster-Sollwedel, Schalauske
FDP:	Schartner
MBL:	Becker, Dr. Uchtmann
BFM	Suntheim-Pichler
Piraten	--

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadtrat Rehlich
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Sprywald

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Böttcher (SPD), Pfalz, Vaupel (CDU), Dorn, Dr. Lindemann, (B90/Die Grünen), Adsan (Marburger Linke), Sawalies (FDP), Dr. Weber (Piraten) Stadträtin Oppermann, Stadtrat Reinhard, Stadtrat Stürmer

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um **16:35 Uhr** und begrüßt alle Anwesenden.
Die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit der heutigen Sitzung werden festgestellt. Gegen diese Feststellung wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 26. April 2013 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Es liegen keine Vorlagen zur Ergänzung der Tagesordnung vor.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Sollwedel (Nr. 1 05/2013)
Vorlage: VO/2344/2013

Dass alle Gastronomen in der Oberstadt auch in den Sommermonaten ohne Ausnahmen um 23.00 Uhr die Außenbestuhlung beenden müssen, ist im Desinteresse und Unverständnis vieler ruhiger und friedlicher Besucher und Touristen dieser Stadt. Restaurantbesitzer teilen mit, dass sie regelmäßig verwunderte Reaktionen von Gästen bekommen, wenn bereits um 23 Uhr Schluss ist.

Warum ist es aus Sicht des Magistrates nicht möglich, die Möglichkeit der Außenbestuhlung in den Sommermonaten (Mai, Juni, Juli, August, September um nur 1 Stunde auf 24 Uhr) zu verlängern? Trägt aus Sicht des Ordnungsdezernenten die Abwesenheit von Besuchern, die die Außenbestuhlung nutzen, zu mehr Sicherheit und Ordnung und zu weniger Vandalismus und rücksichtslosem Lärm durch die Besucher der Restaurants oder durch die Oberstadt ziehende feiernde junge Menschen bei? Könnte der Effekt nicht genau gegenteilig sein?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Lärmbeschwerden gibt es in der Oberstadt nicht nur über durch die Oberstadt ziehende feiernde junge Menschen, sondern auch über die Außenbestuhlung der Gaststätten. Die Nachtruhe beginnt grundsätzlich um 22.00 Uhr. Aus diesem Grund ist es sehr positiv, dass die Anwohnerinnen und Anwohner in der Oberstadt eine Außenbestuhlung bis 23.00 Uhr akzeptieren. Eine Ausweitung der Außenbestuhlung auf 24.00 Uhr wird nicht zu einer Lärmreduzierung bzw. zu einer Verbesserung der Gesamtsituation führen.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 2 05/2013)
Vorlage: VO/2345/2013

Von allen Großen Anfragen der Fraktionen aus dem Jahr 2012 sind zu den folgenden fünf auf der Homepage der Stadt (Textrecherche in der Rubrik Stadtparlament) keine Antworten zu finden. Es handelt sich dabei um vier Große Anfragen der Marburger Linken und eine der MBL. Was ist der Grund dafür?
(VO/1766/2012 Große Anfrage der Fraktion Marburger Linke: Zahlen zu Armut und Erwerbslosigkeit in Marburg, VO/1765/2012 Große Anfrage der Fraktion Marburger Linke betr. Gewerbesteuer nach Wirtschaftsbranchen und Unternehmensarten, VO/1764/2012 Große Anfrage der Fraktion Marburger Linke betr. Umsetzung des Urteils zur Verfassungswidrigkeit des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG), VO/1110/2012 Große Anfrage der Fraktion Marburger Linke betr. Barrierefreiheit der Gemeindehäuser, VO/0892/2012 Große Anfrage der MBL-Fraktion betr. Berichtsanträge)

Die Fragestellerin ist nicht anwesend. Daher wird die Kleine Anfrage schriftlich mit diesem Protokoll beantwortet.
Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel.

Alle genannten Großen Anfragen sind beantwortet. Die letzte Antwort zur Vorlage 1765/2012 (Gewerbesteuer nach Wirtschaftsbranchen und Unternehmensarten) wurde in der Aprilsitzung der Stadtverordnetenversammlung ausgelegt.

Die Freischaltung aller Antworten für das Internet wurde im ALLRIS-Sitzungsdienstprogramm nochmals wiederholt. Eine Kontrolle am 30. April hat ergeben, dass die Antworten auch sichtbar sind.

Sollte es in Zukunft erneut Probleme mit der Textrecherche geben, genügt ein Anruf im Stadtverordnetenbüro, damit die Angelegenheit sofort geklärt werden kann.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 03 05/2013)
Vorlage: VO/2376/2013

Die Deutsche Vermögensberatung (DVAG) vermeldet für das Geschäftsjahr 2012 erneut das beste Ergebnis in der 40-jährigen Firmengeschichte. Der Überschuss des „Finanzdienstleisters" beträgt 184,9 Mio. Euro. Welche Auswirkungen haben diese Zahlen auf die Marburger Stadtentwicklung?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Unmittelbare Auswirkungen auf die Marburger Stadtentwicklung gibt es keine. Mittelbar haben prosperierende Unternehmen mit Sitz in Marburg positive Auswirkungen im Hinblick auf Gewerbesteuerzahlungen sowie zur Festigung Marburgs als attraktiver Wirtschaftsstandort.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 4 05/2013)
Vorlage: VO/2346/2013

Ist es richtig, dass im geplanten islamischen Kulturzentrum (Moschee) Halalfleisch (Schächtfleisch) verkauft werden soll und wenn ja, wie steht der Magistrat dazu?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im geplanten islamischen Kulturzentrum soll es einen Lebensmittelladen geben. Dieser Laden wird nicht von der Gemeinde betrieben werden, sondern von einem Pächter.

Zu der Frage, ob dort halal-Fleisch verkauft werden wird, kann der Magistrat nichts sagen.

Ein Verkauf von halal-Fleisch ist, so die Aussage des Veterinäramtes Marburg, nicht genehmigungspflichtig. halal geschlachtetes Fleisch wird heute in mehreren Supermärkten angeboten.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 05 05/2013)
Vorlage: VO/2377/2013

Wie hat sich in den letzten Monaten die Situation in der Uni-Kita entwickelt und wie ist der Stand bezüglich Umzug?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Neben dem Betrieb der Uni-Kita laufen die Bauarbeiten auf der Campus-Baustelle. Dies bedeutet erhebliche Einschränkungen für Personal wie die Kinder bezüglich der Lärmbelästigung. Darüber hinaus kann das Außengelände der Kita dadurch nicht genutzt werden. Als Ersatz dient der alte Botanische Garten.
Alles in allem sind die Einschränkungen für die Einrichtung nicht unerheblich.
Der offizielle Baubeginn für den Neubau Am Schwanhof 66 ist für Ende Mai anberaumt. Zurzeit finden Rückbauarbeiten des alten Gebäudes statt.
Der Fertigstellungstermin der neuen Kita Schwanhof wird voraussichtlich in den ersten drei Monaten des nächsten Jahres liegen.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 6 05/2013)
Vorlage: VO/2347/2013

Der Magistrat wird gebeten, Auskunft zu erteilen, ob auf dem Parkplatz der Schützenstraße ein Wochenmarkt geplant ist.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Voraussetzungen für die Errichtung eines Wochenmarktes sind auf dem Parkplatz der Schützenstraße nicht gegeben, insbesondere auch deshalb, weil sich auf einem der angrenzenden Grundstücke des Parkplatzes eine Rettungsstation des Deutschen Roten Kreuzes mit 4 Rettungs

fahrzeugen und ca. 20 - 30 Sanitätern befindet, die bei Notfalleinsätzen jederzeit und ungehindert über den Parkplatz der Schützenstraße fahren müssen.
Während eines Markttages, an dem auf dieser Fläche Marktstände aufgebaut sind und sich dort viele Marktbesucher aufhalten, wäre dies unmöglich.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 07 05/2013)
Vorlage: VO/2378/2013

Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, wie die Familienfreundlichkeit bei den Busfahrern der MVG verbessert werden könnte und welche Maßnahmen schon bestehen.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Verkehrsbetrieb der Stadtwerke Marburg wird im Schichtdienst an 365 Tagen im Jahr betrieben. Die Arbeitszeiten im 3-Schicht-Betrieb liegen zwischen 4:30 Uhr morgens und 1:50 Uhr nachts.

Der für die MVG zugrunde liegende Tarifvertrag des Landesverbandes Hessischer Omnibusbetriebe (LHO) lässt Schichtzeiten von bis zu 12 Stunden, für geteilte Dienste sogar 14 Stunden zu. Das sind Schichtzeiten, die im privaten Busgewerbe in der Regel zur Anwendung kommen. Solche Schichtzeiten kommen bei der MVG in nur 10 % aller Dienste vor, und zwar konzentriert in der sogenannten Dienstplangruppe „Lang“. Die aus 12 Fahrer und Fahrerinnen zusammengesetzte Gruppe hat dafür eine 5-Tage-Woche und die Wochenenden immer frei. Damit konnte man denjenigen entgegenkommen, die ihre Freizeit bevorzugt am Wochenende mit der Familie gestalten.

Der Kompromiss in der Gruppe „Lang“ zwischen längeren Diensten auf der einen Seite und freien Wochenenden auf der anderen Seite korrespondiert mit den übrigen Diensten (90 %) insofern, dass die Schichtzeiten dort im Durchschnitt bei 8,30 Stunden liegen. Diese Fahrer und Fahrerinnen haben in der Jahresbetrachtung im Durchschnitt eine 5 1/4-Tage-Woche. Die freien Tage verteilen sich auf die gesamte Woche.

Durch die Schichtarbeit sind die Möglichkeiten, wie bei anderen Berufen auch, nach Wunscharbeitszeit eingeschränkt. Abhilfe schafft hier vielfach die Tagesdisposition. Individuelle Wünsche werden, wenn es die Verteilung der Dienstplanmasse zulässt, durch die Disponenten realisiert.

Bei der Urlaubsplanung wird selbstverständlich auf Mitarbeiter/-innen mit schulpflichtigen Kindern besonders Rücksicht genommen.

Die planerische Gleichverteilung des Urlaubs in den Ferienzeiten für Mitarbeiter mit schulpflichtigen Kindern findet u.a. auch jahresübergreifend statt.

Weiterführende Schritte in Richtung Familienfreundlichkeit sind durch die Einführung eines EDV-gestützten Wunschdienstplanprogramms beabsichtigt. Bei einem Wunschdienstplan wird bis zu einem gewissen Grad eine Optimierung der Dienstverteilung über eine längere Periode individuell generiert.

Seit mehreren Jahren kooperieren die Stadtwerke beim Projekt „Lokales Bündnis für Familien“ mit der Philipps-Universität Marburg und organisieren gemeinsam mit dem Hochschulsportzentrum und dem Basketball Bundesliga Verein Marburg ein sportorientiertes Betreuungsangebot für Mitarbeiterkinder aus der gesamten Unternehmensgruppe. Darüber hinaus ist geplant, sich beim Betriebskindergartenprojekt an der Cappeler Straße mit 3 Plätzen zu beteiligen.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 8 05/2013)
Vorlage: VO/2348/2013

In Marburg kommt es verstärkt zu dem Anbringen von Liebesschlössern an der Weidenhäuser Brücke und dem Hirsefeldsteg. Wäre es nicht eine schöne Idee in Kooperation mit den Schulen und dem KiJuPa eine Skulptur zu entwerfen und zu bauen (vielleicht die Metallbau-Klassen der Adolf-Reichwein-Schule), um etwas Kreatives und Einmaliges für Liebende anbieten zu können?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der derzeitige - wohl bundesweite - Trend zum Anbringen von Liebesschlössern orientiert sich gerade an den Örtlichkeiten von Brücken.

Ob ein gesondertes Projekt mit einer Skulptur den Wünschen der

Jugendlichen und jungen Erwachsenen entspricht, sollte vom Kinder- und Jugendparlament entschieden werden. Der Fachdienst Schule wird diese Fragestellung in der bereits zwischen der Schuldezernentin und Vertretern des KiJuPa terminierten Besprechung am 18.06.2013 vorab erörtern.

Der Fachdienst Schule verfügt allerdings nicht über Personalkapazitäten zur Begleitung eines solchen Projektes. In vertretbarer Größenordnung könnten lediglich Sachkosten für Materialbeschaffungen übernommen werden.

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 9 05/2013)
Vorlage: VO/2349/2013

Wann beabsichtigt der Magistrat das Vorantreiben von Planungen zur Umsetzung einer Teilsperrung der Uferstraße für den motorisierten Individualverkehr auf Höhe der Martin-Luther-Schule?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Derzeit bestehen keine konkreten Überlegungen zu einer Teilsperrung der Uferstraße für den motorisierten Individualverkehr.

Für eine derartige Teilsperrung wäre eine Gegenverkehrsregelung in der Wolffstraße erforderlich. Neben dem Wegfall der Parkplätze wäre ein Zweirichtungsverkehr wegen der vielen Fußgänger sehr kritisch zu sehen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Nezi und Dr. Perabo, Fraktion B90/Die Grünen, werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr. 10 05/2013)
Vorlage: VO/2352/2013

Zurzeit wird in der Deutschen Öffentlichkeit viel über die Frauenquote für Unternehmensführungen diskutiert.
Kann der Marburger Magistrat berichten, in (?) hoch die Frauenquote in Eigen- und Beteiligungsbetrieben der Stadt Marburg ist?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Wir gehen davon aus, dass sich die Fragestellung auf die Frauenquote der Geschäftsführungen der Beteiligungsunternehmen bezieht. Bezogen auf die direkten städtischen Eigengesellschaften und die direkten

Beteiligungsgesellschaften mit einem Beteiligungsumfang von über 20 % sind 88 % der Geschäftsführungen männlichen und 12 % weiblichen Geschlechts.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dietmar Göttling (Nr. 11 05/2013)
Vorlage: VO/2379/2013

In der Gemeinde Ebsdorfergrund wurde bekannt, dass für gemeindliche Flächen ohne Wissen der Gemeinde Agrarförderungen der EU beantragt wurden.
Wie viele Agrargrundstücke besitzt die Stadt Marburg und für wie viele werden Prämien bezogen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Stadt besitzt lt. GIS insgesamt 435 Agrargrundstücke, die sich aufteilen in 85 Ackergrundstücke und 350 Grünlandgrundstücke. Bis auf uferbegleitende Grünstreifen entlang der Lahn im Stadtgebiet sind die Grundstücke verpachtet. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Pächter nahezu ausnahmslos die Betriebsprämie für die Pachtflächen beziehen. Prämienberechtigter und Antragsteller ist nicht der Grundstückseigentümer sondern der Bewirtschafter/Pächter eines landwirtschaftlichen Grundstückes. Der Eigentümer eines Grundstückes ist an dem Prämienantragsverfahren nicht beteiligt und erfährt insoweit nicht, für welches seiner verpachteten Grundstücke Betriebsprämie bezogen wird.

Im Zuge der EU-Agrarreform wurde ab dem Jahre 2005 das heutige Prämiensystem eingeführt. Die Förderanträge mussten bis zum 15. 5. 2005 gestellt sein. In den seit dem Jahre 2005 neu abgeschlossenen landwirtschaftlichen Pachtverträgen wurde eine entsprechende Klausel aufgenommen, die der Stadt als Verpächterin das Recht einräumt, bei Beendigung des Pachtverhältnisses den auf die Fläche entfallenden Prämienanteil an die Stadt als Eigentümerin zurück zu übertragen. Verträge, die eine solche Regelung nicht enthalten, begründen keinen Übertragungsanspruch des flächenbezogenen Prämienanteiles bei Rückgabe des Pachtgrundstückes an den Verpächter. Das sind all die Pachtverträge, die bereits vor dem Jahre 2005 abgeschlossen worden sind.
Über die der Stadt gehörenden mit der Betriebsprämie begünstigten Grundstücke gibt es keine Aufzeichnungen bei der Stadt, da das Prämienrecht eine entsprechende Auskunftspflicht der Antrag

bearbeitenden Behörde gegenüber den Verpächtern/Eigentümern nicht vorsieht.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marion Messik (Nr. 12 05/2013)
Vorlage: VO/2380/2013

Im November 2012 wurde der Magistrat in einem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen aufgefordert zu prüfen, ob und zu welchen Bedingungen in Zukunft an private Haushalte „Windelsäcke“ zur Verfügung gestellt werden können. Was hat die Prüfung diesbezüglich ergeben?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Abfallsatzung der Universitätsstadt Marburg vom 01. Januar 2003 sieht keine Regelungen für Haushalte mit Wickelkindern vor. Die in Marburg zur Verfügung stehenden Volumina für Restabfall sind auch nach Prüfung großzügig bemessen, so dass keine Benachteiligung für diesen Personenkreis besteht. Je Einwohner werden für die Entsorgung entsprechend § 11 Abs. 3 der Abfallsatzung maximal je 40 l Behältervolumen zur Verfügung gestellt. Wegen der vorgegebenen Behältergrößen sind Auf- und Abrundungen des Behältervolumens vorzunehmen. Zwischenwerte des zu beanspruchenden Behältervolumens und der durch die Gefäßgrößen vorgegebenen tatsächlichen Zuteilungsmöglichkeiten sind bis zur Hälfte auf das nächst größere Gefäßvolumen aufzurunden (Bsp.: 4 Personen 120 l-Gefäß, 5 Personen 240 l-Gefäß).

Faktisch bedeutet dies in der Regel ein Restmüllvolumen von > 40/Liter/Abfuhrintervall (14-täglich/4-wöchentlich) Ausnahme bei 4 Personenhaushalten:

1 Personenhaushalt:	120 Liter/Person
2 Personenhaushalt:	60 Liter / Person
3 Personenhaushalt:	40 Liter/Person
4 Personenhaushalt:	30 Liter / Person
5 Personenhaushalt:	48 Liter/Person
6 Personenhaushalt:	40 Liter / Person

Sozialklausel

Ab dem 3. Kind sind Familien in Marburg von weiteren Mehrkosten befreit.

Härtefallregelung

Auf Antrag wird aber eine Härtefallregel für inkontinente Erwachsene ermöglicht. Hier können großzügigere Volumina zur Verfügung gestellt werden, da es sich bei diesen Fällen um eindeutige Ausnahmen handelt.

Abfallsäcke oder umweltfreundlichere Windelsysteme
Die Frage der Windelsäcke war bereits mehrfach Gegenstand der Beratungen im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr. Dieser hatte sich mehrheitlich am 13. Mai 1998 gegen Windelsäcke (kostenlose Abfallsäcke) und für die ökologisch sinnvollere Alternative der Bezuschussung von Windelverleihsystemen ausgesprochen. Ergänzend hierzu hatte der Magistrat in der Sitzung vom 18.02.2002 einstimmig beschlossen, neben Windeldiensten auch die Haushalte zu fördern, die Mehrwegwindeln im Selbstwaschsystem nutzen: Personen, die ein Windelverleih- oder Windelwaschsystem einsetzen und dies nachwiesen können, erhalten seitdem einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 75 Euro.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo, Fraktion B90/Die Grünen und Lotz-Halilovic, SPD-Fraktion, werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marion Messik (Nr. 13 05/2013)
Vorlage: VO/2353/2013

Immer wieder - zuletzt am 13. Mai 2013 in Spiegel Online und anderen Medien - gibt es Berichte darüber, dass Lehrerinnen und Lehrer mit befristeten Arbeitsverträgen häufig gezwungen sind über die Sommerferien ALG II zu beantragen und nach den Sommerferien erneut eingestellt werden . Hat der Magistrat Kenntnis davon, ob hiervon im vergangenen Jahr auch Lehrerinnen und Lehrer an Marburger Schulen betroffen waren?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Fachdienst Schule ist nicht in der Lage, die Frage zu beantworten. Dazu ist eine Stellungnahme des Staatlichen Schulamtes notwendig, die im Rahmen der Fristsetzung nicht möglich ist.

Eine Beantwortung erfolgt somit zu einem späteren Zeitpunkt.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Thorsten Büchner (Nr. 14 05/2013)
Vorlage: VO/2381/2013

Kann der Magistrat dafür Sorge tragen, dass an den Bushaltestellen Frankfurter Straße/Theater Wegweiser oder Hinweisschilder

angebracht werden, die den ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzern den Weg zu den Spielstätten des „Hessischen Landestheater“, auch zur „Galeria Classica“ erleichtern?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Eine zusätzliche Beschilderung wird sowohl von den Stadtwerken als auch von der Straßenverkehrsbehörde zurückhaltend bewertet. Für eine Kundenorientierung erscheint es sinnvoller, auf der Homepage des Theaters unter „Spielorte & Anfahrt“ das TASCH und die Galeria Classica auch für Fußgänger und ÖPNV-Benutzer auf der Stadtplanskizze mit Eintrag der Bushaltestellen zu kennzeichnen. Eine entsprechende Anfrage wurde bei der Pressestelle des Theaters gestellt.

Die Übergangsspielstätte „Galeria Classica“ wurde auch zur leichteren Erkennung jüngst mit großflächigen Theaterbannern ausgekleidet, so dass diese von den Bushaltestellen mittlerweile leicht zu erkennen ist.

zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 15 05/2013)
Vorlage: VO/2354/2013

Wie viele Schüler/-innen haben in den letzten 3 Jahren Marburger Schulen ohne Schulabschluss verlassen und wie wurden sie weiter gefördert, damit sie einen Berufsschulabschluss erreichen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Fachdienst Schule ist nicht in der Lage, die Frage zu beantworten. Dazu ist eine Stellungnahme des Staatlichen Schulamtes notwendig, die im Rahmen der Fristsetzung nicht möglich ist.

Eine Beantwortung erfolgt somit zu einem späteren Zeitpunkt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Nezi, Fraktion B90/Die Grünen wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 16 05/2013)
Vorlage: VO/2356/2013

Wieviel kostenpflichtige Verwarnungen von Fahrradfahrern wegen

Fahrens auf dem Bürgersteig wurden seit Beginn des Jahres im Vergleich zu Verwarnungen von Autofahrern wegen Überfahren einer roten Ampel ausgestellt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es liegen keine Anzeigen gegen Autofahrer wegen Überfahrens von roten Ampeln vor, so dass das Verhältnis gegenüber Verwarnungen von Fahrradfahrern bei 100 % liegt.

Die Anzahl der Verwarnungen von Fahrradfahrern wird statistisch nicht exakt erfasst, weil sie zum größten Teil direkt vor Ort bar bezahlt werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster, Fraktion Marburger Linke, Suntheim-Pichler, BfM, und Becker, MBL-Fraktion, werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.17 05/2013)
Vorlage: VO/2361/2013

Wie viele Unfälle mit Fremdverletzung, die durch Fahrräder verursacht wurden, gab es seit Anfang 2010 in Marburg?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei dem regionalen Verkehrsdienst der Polizei sind für den Bereich der Stadt Marburg folgende durch Radfahrer verursachte Unfälle mit Verletzten seit Anfang 2010 registriert:

2010, 6 Unfälle / 8 leichtverletzte Personen,
2011, 2 Unfälle / 4 leichtverletzte Personen,
2012, 3 Unfälle / 4 leichtverletzte Personen,
1. Quartal 2013 - keine Unfälle

Bei der Anzahl der verletzten Personen kann auch der verursachende Radfahrer mit enthalten sein, wenn dieser ebenfalls verletzt wurde.

---

zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 18 05/2013)

Vorlage: VO/2357/2013

Wo und zu welchen Kosten veröffentlicht der Magistrat seine amtlichen Bekanntmachungen und welche dieser Publikationsorte sind für die Marburger Bürgerinnen und Bürger kostenlos zugänglich?

Der Fragesteller ist nicht anwesend. Daher wird die Kleine Anfrage schriftlich mit diesem Protokoll beantwortet.
Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel.

Nach § 8 Abs. 1 der Hauptsatzung der Universitätsstadt Marburg erfolgen Amtliche bzw. Öffentliche Bekanntmachungen durch einmaligen Abdruck in der „Oberhessischen Presse". Hierfür sind im Jahr 2012 insg. 49.927,22 € aufgewendet worden.

Eine darüber hinausgehende Veröffentlichung Öffentlicher Bekanntmachungen in kostenlos zugänglichen Publikationen oder Medien sieht die Hauptsatzung derzeit nicht vor.

zu 4.19 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr (Nr. 19 05/2013)
Vorlage: VO/2382/2013

Wem gehört das Gelände, auf dem sich die Strandbar der Vila Vita Gastronomie- und Handelsgesellschaft im Nordviertel befindet und welche rechtlichen Voraussetzungen liegen für den Betrieb vor?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Gelände, auf dem sich die Strandbar der Vila Vita Gastronomie- und Handelsgesellschaft im Nordviertel befindet, gehört der Stadt. Es liegen folgende rechtliche Voraussetzungen für den Betrieb der Strandbar vor:

Pachtvertrag vom 5.4.2013 zwischen der Stadt Marburg und der Marburger Gesellschaft für Projektförderung mbH.

Wasserrechtliche Genehmigung des Kreisausschusses des Landkreises Marburg-Biedenkopf, Fachdienst Wasser- und Naturschutz vom 4.4.2013

Landschaftsschutz-, biotopschutz- und naturschutzrechtliche Genehmigung der Stadt Marburg, Fachdienst Untere Naturschutzbehörde vom 19.03.2013.

Weiterhin antwortet der Oberbürgermeister.

zu 12 Anträge der Fraktionen

zu 12.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Erwerb des VfB-Vereinsgeländes an der Gisselberger Straße Vorlage: VO/1894/2012

Zunächst gibt der Stadtverordnetenvorsteher einige Erläuterungen zur Abwicklungen des Beratungsverfahrens dieser Grundstückssache in den beteiligten Gremien, Bau- und Planungsausschuss sowie Haupt- und Finanzausschuss.

Weitere Nachfragen des Stadtverordneten Becker, MBL-Fraktion, zum Beratungsverfahren werden erläutert durch den Oberbürgermeister, den Bürgermeister und erneut durch den Stadtverordnetenvorsteher.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, SPD-Fraktion.

Nachdem die Beschlussfassung zum Erwerb des Vereinsgeländes durch den Magistrat eingeleitet wurde, ist im Bau- und Planungsausschuss beantragt worden, den Punkt 1 des Antrages der Fraktion Marburger Linke als

erledigt zu erklären. Diese Beschlussempfehlung wurde gegen die Stimme der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Ausschusses beschlossen.

Die Ziffern 2 und 3 des Antrages wurden vom Bau- und Planungsausschuss gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke zur Ablehnung empfohlen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Bauder-Wöhr (Marburger Linke), Backes (SPD), Stompfe (CDU) und Becker (MBL). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Nach Beendigung der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen gemäß dem Verfahren im Bau- und Planungsausschuss.

1. Abstimmung über die Erledigt-Erklärung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Ziffer 1 des Antrages wird für erledigt erklärt.

Zu den Ziffern 2 und 3 des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und einer Enthaltung aus der Fraktion Marburger Linke und bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die Ziffern 2 und 3 des Antrages werden abgelehnt.

---

zu 12.10 Antrag der MBL-Fraktion betr. Dezernentinnenstelle
Vorlage: VO/2293/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag ausführlich beraten und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache spricht der Stadtverordnete Dr. Uchtmann (MBL). Für den Magistrat nimmt der Oberbürgermeister Stellung.

Nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters erklärt der Stadtverordnete Dr. Uchtmann (MBL) den Antrag für erledigt.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 12.12 Antrag der Bürger für Marburg betreffend Auswirkung der KPD und SED auf die Arbeit und Zusammensetzung der Marburger Stadtverordnetenversammlung und Magistrates
Vorlage: VO/2300/2013

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dinnebier, SPD-Fraktion.
Die Stadtverordnete Suntheim-Pichler, BfM, hat im Beschlusstenor und auch in der Begründung des Antrages die Worte „KPD" durch „DKP" ersetzt. Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der

Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des geänderten Antrages.
Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt ebenfalls die Ablehnung des geänderten Antrages. Die BfM hat die Aussprache angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Suntheim-Pichler, BfM, Köster, Marburger Linke, Severin, SPD, Range, CDU und Schalauske, Marburger Linke.

Während der Aussprache übernimmt um 18.31 die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Therre-Staal, B90/Die Grünen, die Sitzungsleitung.

Während der Aussprache kommt es zu Zwischenrufen, wobei der Stadtverordnete Meyer, SPD, auch einen unparlamentarischen Ausdruck verwendet.

Der Stadtverordnete Hussein verlangt eine Entschuldigung vom Stadtverordneten Stompfe für seinen Zwischenruf bzw. die Einberufung des Ältestenrates.
Der Stadtverordnete Stompfe nimmt dazu Stellung und verlangt seinerseits eine Entschuldigung des Stadtverordneten Meyer für dessen unparlamentarischen Ausdruck und spricht sich ebenfalls für die Einberufung des Ältestenrates aus.

Die amtierende stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Therre-Staal unterbricht die Sitzung um 18.47 Uhr und beruft den Ältestenrat zur Klärung des weiteren Verfahrens ein.

Nach der Sitzung des Ältestenrates wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 19.23 Uhr unter Leitung des Stadtverordnetenvorstehers Löwer, SPD, fortgesetzt. Zunächst appelliert der Stadtverordnetenvorsteher an das Haus, einen angemessenen Umgang miteinander und zum Wohle der Stadt Marburg zu pflegen.

Anschließend trägt der Stadtverordnete Stompfe eine Richtigstellung zur Deutung seines Zwischenrufes vor.
Der Stadtverordnete Meyer ergreift das Wort um sich für seinen unparlamentarischen Ausdruck in Richtung des Stadtverordneten Stompfe zu entschuldigen.

Weiterhin spricht noch der Stadtverordnete Köster, Fraktion Marburger Linke.

Die CDU-Fraktion verlässt den Sitzungssaal und nimmt nicht weiter

teil.

Der Stadtverordnetenvorsteher beendet die Aussprache und ruft zur Abstimmung über den TOP 12.12 in der geänderten Fassung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit der Ja-Stimme der BfM, Nein-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linken und bei Enthaltung von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag TOP 12.12 wird abgelehnt.

---

zu 5 **Marburger Ortsrecht**
Neufassung der Satzung für den Denkmalbeirat der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/2175/2013

Die Vorlage wurde im Bau- und Planungsausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Sie wurde in beiden Ausschüssen zurück gestellt bis zur Juni-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Magistratsvorlage zurück.

zu 6 **Marburger Ortsrecht**
Hier: VII. Nachtrag zur Satzung über die Bildung der Schulbezirksgrenzen in der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/2178/2013

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dinnebier, SPD-Fraktion -. Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der beigefügte VII. Nachtrag zur Satzung über die Bildung der Schulbezirksgrenzen in der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

---

zu 7 **Marburger Ortsrecht:**
hier: I. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Volkshochschule der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/2237/2013

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dinnebier, SPD-Fraktion. Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke, bei Enthaltung der MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der beigefügte I. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Volkshochschule der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

---

zu 8 **Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg**
FNP-Änderung 27/1 und vorhabenbezogener B.-Plan 27/4 Reitanlage Dagobertshausen

- Bericht über die Ergebnisse der Prüfung, der während der öffentl. Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentl. Belange eingegangenen Stellungnahmen
- Zustimmungsbeschluss FNP-Änderung 27/1
- Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen B.-Plan 27/4
- Beschluss über die gestalterischen Festzungen des vorhabenbezogenen B.-Plans 27/4
Vorlage: VO/2245/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz, Bündnis 90/Die Grünen. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Magistratsvorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, SPD-Fraktion. Auch der Bau- und

Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und BfM, Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

1) Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:
a) Die unter den Nummern 2, 5 und 6 angeführten Stellungnahmen werden berücksichtigt.
b) Die unter den Nummern 1, 3 und 4 angeführten Stellungnahmen werden teilweise berücksichtigt.
c) Die unter den Nummern 7 und 8 angeführten Stellungnahmen werden nicht berücksichtigt.
Die Grundzüge der Planung werden hiervon nicht berührt.

2) Der Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 27/1 „Reitanlage Dagobertshausen" wird zugestimmt.

3) Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 27/4 „Reitanlage Dagobertshausen" wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

4) Die gestalterischen Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 27/4 „Reitanlage Dagobertshausen" werden gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO) und
§ 9 BauGB für diesen vorhabenbezogenen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

---

zu 9 Schulentwicklungsplan für die allgemeinbildenden weiterführenden Schulen der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/2033/2013

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dinnebier, SDP-Fraktion. Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Schulentwicklungsplan für die allgemeinbildenden weiterführenden Schulen der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

---

zu 10 Beitritt zur Genossenschaft „Zeiteninsel – Archäologisches Museum Marburger Land“ und Absichtserklärung zur dauerhaften finanziellen Unterstützung
Vorlage: VO/2214/2013

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dinnebier, SPD-Fraktion. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. **Die Universitätsstadt Marburg wird Mitglied der Genossenschaft „Zeiteninsel - Archäologisches Freilichtmuseum Marburger Land eG" mit einem Geschäftsanteil (= 120 €).**
2. **Die Stadt verpflichtet sich zur dauerhaften finanziellen Unterstützung der „Zeiteninsel" in den ersten drei Betriebsjahren mit einem Betrag von 17.000 € jährlich. Ab dem vierten Jahr beträgt diese Unterstützung 8.000 € jährlich.**
3. **Die Stadt verpflichtet sich, gemeinsam mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Gemeinde Weimar die vom Land Hessen geforderten 10 % der Gesamtinvestition von insgesamt 5,3 Mio Euro für die „Zeiteninsel" unter Anrechnung von Sachmitteln und Förderung Dritter bis zur Fertigstellung der „Zeiteninsel" voraussichtlich im Jahre 2016 aufzubringen.**

zu 11 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine dringlichen Anträge vor.

---

zu 12.2 Antrag der Bürger für Marburg betr. Erhalt des Marktfrühschoppens
Vorlage: VO/2041/2013

Der Antrag ist in der Februar- und in der März-Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses jeweils zurück gestellt worden. In der Mai-Sitzung des Ältestenrates wurde daher vereinbart, den Antrag nochmals zurück zu stellen bis zur Juni-Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und auch der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zu den Sitzungen im Juni.

---

zu 12.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Schließfächer für Bahnreisende
Vorlage: VO/2233/2013

Der Antrag wurde im Umweltausschuss und im Bau- und Planungsausschuss beraten und zurück gestellt bis zur nächsten Sitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zu den Sitzungen im Juni.

---

zu 12.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Erhalt städtischer Bäume
Vorlage: VO/2234/2013

Der Antrag wurde beraten im Umweltausschuss und im Bau- und Planungsausschuss. Nach den Beratungen hat die antragstellende Fraktion die Vorlage zurück gezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 12.5 Antrag der MBL-Fraktion betr. Einrichtung eines geodätischen Referenzpunktes
Vorlage: VO/2251/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nach ausführlicher Beratung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Der Stadtverordnete Dr. Weber hat erklärt, dass die Piraten-Partei dem Antrag beitritt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Universitätsstadt Marburg ein öffentlicher geodätischer Referenzpunkt eingerichtet werden kann.

---

zu 12.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Spiegel für Radfahrer(innen)
Vorlage: VO/2253/2013

Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, ist der Antrag im Umweltausschuss beraten worden. Er wurde zurück gestellt und zunächst an den Radverkehrsbeirat zur weiteren Beratung weiter geleitet.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück und überweist die Vorlage an den Radverkehrsbeirat.

---

zu 12.7 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Abbaubare und umweltverträgliche Reinigungsmittel
Vorlage: VO/2258/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, ob abbaubare und umweltverträgliche Wasch- und Reinigungsmittel im Bereich aller städtischen Einrichtungen eingesetzt werden. Ferner wird gebeten, zu prüfen, inwieweit die von den Herstellern der Fußbodenbeläge und weiterer pflegebedürftiger Materialien und Oberflächen geforderten firmeneigenen Produkte den Rechtsvorschriften entsprechen.

---

zu 12.8 Antrag der Bürger für Marburg betreffend Pflanzkübel in der Barfüßerstraße
Vorlage: VO/2284/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antragstext wurde von der antragstellenden Fraktion im Umweltausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die sieben unansehnlich gewordenen Pflanzbehältnisse aus Beton in der Barfüßerstraße beseitigt und durch moderne Stadtmöbel ersetzt werden können.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die sieben unansehnlich gewordenen Pflanzbehältnisse aus Beton in der Barfüßerstraße beseitigt und durch moderne Stadtmöbel ersetzt werden können.

---

zu 12.9 Antrag der Bürger für Marburg betreffend Änderung der Nutzung des Spielplatzes Lutherischer Kirchhof
Vorlage: VO/2285/2013

Die Vorlage ist im Umweltausschuss beraten worden. Sie wurde verwiesen an den Sozialausschuss.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück und überweist sie an den Sozialausschuss zur weiteren Beratung.

---

zu 12.11 Antrag der Bürger für Marburg betreffend Einsparung durch Schließung von Arbeits- und Amtsgerichten in Hessen
Vorlage: VO/2299/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird darum gebeten, Aufklärung bei der Hessischen Landesregierung darüber zu fordern, warum die Einsparungen durch die Schließung von jeweils fünf Amts- und Arbeitsgerichten in Hessen, darunter auch das von Marburg, nicht die errechnete Höhe

von 15 Mio. Euro erreicht hat.

---

zu 12.13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aufgabenstellung Wohnungsmarktanalyse
Vorlage: VO/2302/2013

Die Vorlage ist im Sozialausschuss beraten worden. Sie wurde dort von der antragstellenden Fraktion zurück gestellt bis zur Juni-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Juni-Sitzung.

---

zu 12.14 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mietpreisbegrenzung
Vorlage: VO/2303/2013

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen).

Die antragstellende Fraktion hat im Sozialausschuss beantragt, über die Ziffern 1 und 2 der Vorlage getrennt abzustimmen. Der Sozialausschuss empfiehlt zu Ziffer 1 des Antrages die Annahme und zu Ziffer 2 der Vorlage die Ablehnung.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Haupt- und Finanzausschuss hat ebenso verfahren wie der Sozialausschuss und empfiehlt das gleiche Votum.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt ebenso über die Ziffern 1 und 2 des Antrages getrennt abstimmen.

Zu Ziffer 1:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimme der FDP-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Landesregierung auf, die Universitätsstadt Marburg zu einem Gebiet nach §558 BGB zu

erklären, in dem die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen gefährdet ist, um somit die Mieterhöhungsmöglichkeit auf 15 Prozent zu begrenzen.

Zu Ziffer 2:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die Ziffer 2 des Antrages wird abgelehnt.

---

zu 12.15 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Erweiterung des Außengeländes Kindergarten am Waldacker in Michelbach-Nord
Vorlage: VO/2304/2013

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten die Erweiterung des Außengeländes (siehe Anlage) des Kindergartens „Am Waldacker“ in Michelbach-Nord zusammen mit der SEG und dem Förderverein des Kindergartens umzusetzen, solange dieses Gelände nicht für eine andere Nutzung benötigt wird.

zu 12.16 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. ÖPNV-Nulltarif für StadtpassinhaberInnen
Vorlage: VO/2305/2013

Der Antrag ist im Sozialausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Er wurde dort zurück gestellt bis zur Juni-Sitzung. Bis dahin soll sowohl vom zuständigen Fachdienst als auch von den Stadtwerken jeweils eine Stellungnahme bezüglich der den Antrag

begründenden Zahlen eingeholt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag somit zurück bis zur Juni-Sitzung.

---

zu 12.17 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Wohnen und Mobilität
Vorlage: VO/2306/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg wird gebeten, gemeinsam mit den in Marburg tätigen Wohnungsbaugesellschaften zu prüfen, wie diese für ihre Mieterinnen und Mieter standortnahe Mobilitätsdienstleistungen entwickeln und anbieten können.
Dabei sollen insbesondere die Handlungsfelder CarSharing, ÖPNV und Verbesserung der Radinfrastruktur in Betracht gezogen werden.
Bei der Umsetzung von Maßnahmen soll die stadteigene Gesellschaft GeWoBau als gutes Beispiel vorangehen.

---

zu 12.18 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Marburger Geschichte digital
Vorlage: VO/2310/2013

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss und auch im Haupt- und Finanzausschuss zurück gestellt worden bis zur Oktober-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Oktober-Sitzung.

---

zu 12.19 Antrag der Piraten-Partei betr. Barrierefreiheit für Ortenberg-gemeindehaus
Vorlage: VO/2311/2013

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Antragstext ist im Bau- und Planungsausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Magistrat wird darum gebeten, im Rahmen der Haushaltsberatungen zu prüfen, ob Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden können, damit

1. ein barrierefreier oder wenigstens barrierearmer Zugang zum Ortenberggemeindehaus geschaffen und
2. innerhalb des Hauses eine Behindertentoilette eingebaut werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird darum gebeten, im Rahmen der Haushaltsberatungen zu prüfen, ob Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden können, damit

1. **ein barrierefreier oder wenigstens barrierearmer Zugang zum Ortenberggemeindehaus geschaffen und**
2. **innerhalb des Hauses eine Behindertentoilette eingebaut werden kann.**

---

zu 12.20 Antrag der Piraten-Partei betr. Wochenmarkt in der Ortenberggemeinde
Vorlage: VO/2312/2013

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss zurück gestellt worden bis zur Juni-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zum Juni.

---

zu 12.21 Antrag der CDU- Fraktion betrifft: Freie Träger der Jugendhilfe
Vorlage: VO/2314/2013

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Antrages. Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der FDP-Fraktion und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke sowie Enthaltungen von MBL und BfM folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 12.22 Antrag der CDU- Fraktion betr. Internetauftritt
Vorlage: VO/2315/2013

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss zurück gestellt worden bis zur Juni-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zum Juni.

---

zu 12.23 Antrag der CDU- Fraktion betr. Stadtmuseum
Vorlage: VO/2316/2013

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, den Stand der Planungen zur Einrichtung eines Stadtmuseums vorzulegen.

zu 12.24 Antrag der CDU- Fraktion betr. Vermarktung des Landgrafenschlosses
Vorlage: VO/2317/2013

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Er wurde dort zurück gestellt bis auf weiteres. Im Ältestenrat wurde nunmehr vereinbart, den Antrag zurück zu stellen bis zur August-Sitzung diesen Jahres.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Sitzung im August.

---

zu 12.25 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Gesamtkonzept zur Wohnungslosenhilfe
Vorlage: VO/2322/2013

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Annahme des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, ein Gesamtkonzept zur Wohnungslosenhilfe vorzulegen, das das Ziel verfolgt, von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen möglichst dauerhaft zu reintegrieren. Dieses Konzept soll

1. **die bestehenden Angebote von unterschiedlichen Trägern für Betroffene übersichtlicher machen, sie klarer koordinieren, Parallelstrukturen abbauen und eine zentrale Anlaufstelle vorsehen**
2. **dem Aspekt der Prävention ebenso Rechnung tragen wie der Notwendigkeit für die verschiedenen Stadien der Integration Angebote vorzuhalten**
3. **und die besondere Situation wohnungsloser bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohter Frauen und Jugendlichen berücksichtigen.**

Gemeinsam mit den damit befassten Trägern und Institutionen - dem Diakonische Werk Oberhessen (DWO) mit der Tagesanlaufstelle und der Wohnungsberatung, den Gemeinwesenprojekten, der Aids-Hilfe, der Eingliederungshilfe e.V., den psychosozialen Hilfen, dem Frauenhaus, der Polizei, dem KJC, den städtischen Ämtern u.a. - soll dieses Konzept auf der Grundlage erfolgter Workshops und dem jüngst vorgelegten Konzept des Diakonischen Werks erarbeitet werden.

zu 13 Kenntnisnahmen

---

zu 13.1 Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses betr. Versicherungen
Vorlage: VO/2283/2013

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Abschlussbericht des Haupt- und Finanzausschusses als Akteneinsichtsausschuss betreffend Versicherungen der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg zur Kenntnis.

---

zu 13.2 Einführung von Sonderkonditionen beim Förderprogramm Stromeinsparmaßnahmen für Stadtpassinhaber/-innen
Vorlage: VO/2231/2013

Die Vorlage ist im Umweltausschuss und im Sozialausschuss beraten worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage der Stadtwerke Marburg zur Kenntnis.

---

zu 13.3 Schaffung von Sozialwohnungen in der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/2298/2013

Die Vorlage ist im Sozialausschuss beraten worden. Der Magistrat hat zugesagt, dass die Mitglieder des Ausschusses eine Ergebniszusammenstellung der Recherchen bei anderen Städten zur Thematik der Sozialwohnungen erhalten werden.

Im Übrigen wurde die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Auch die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um **19.42 Uhr.**

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle